

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bildungsausschuss
Sitzung Nummer	16/2021-2026
Datum	19.09.2023
Sitzungsbeginn	16:30
Sitzungsende	18:45
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende BildungsausschussVorsitz:

Lefèvre, Christa

Mitglieder:

Brockhoff, Sebastian

Berns, Wolfgang

vertritt Büger, Matthias

Ahrens-Dietz, Heike

Böcher, Jan Moritz

Braun, Carsten

Breustedt, Michelle

Engel, Jürgen

Green, Emely

Hundertmark, Michael

Müller, Armin

Lemler, Heinz

vertritt Scholl, Stefan

Wagner, Willi

Sitte, Kevin

Ältestenrat:

Dworschak, Reiner

Krohn, Martin

vertritt Klement, Martina

Ludwig, Jörg

Niggemann, Andrea

vertritt: Mulch, Lothar

Petersen, Nicole

Zborschil, Tim

Erster Kreisbeigeordneter:

Esch, Roland

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete -Dezernentin-:

Biermann, Andrea

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete:

Hugo, Klaus

Schriftführung:

Crass, Sandra

Von der Verwaltung waren anwesend:

Vetter, Simone

Braun, Janina

Funk, Lisa

Dorsten, Ingo

Wilhelm, Sophia

Jankowski, Axel

Weber, Kerstin

Nitsch, Stefan

Entschuldigt fehlten:

Schuster, Wolfgang

Dr. Büger, Matthias

Scholl, Stefan

Aurand, Stephan

Danne, Harald

Egler, Beatrix

Fuchs, Hans-Werner

Klement, Martina

Kunz, Cirsten

Mulch, Lothar

Volkmann, Johannes

Teilnehmende Umweltausschuss zu TOP 1

Vorsitz:

Zühlsdorf-Michel, Carmen

Mitglieder:

Arch, Stefan

vertritt Frau Elke Weppler

Esch, Gudrun

vertritt Herr Dr. Johannes Blöcher-Weil

Berns, Wolfgang

Böcher, Jan Moritz

vertritt Frau Mechthild Schäfer

Deusing, Kevin

Hartmann, Lukas

Jakisch, Rudolf Georg

Lemler, Heinz

Rauber, Heinz

Schäfer, Lisa

Zborschil, Tim

Erster Kreisbeigeordneter:

Esch, Roland

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete -Dezernentin- :

Biermann, Andrea

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete:

Hugo, Klaus

Ältestenrat:

Dworschak, Reiner

Krohn, Martin

vertritt Klement, Martina

Ludwig, Jörg

Niggemann, Andrea

vertritt Mulch, Lothar

Petersen, Nicole

Entschuldigt fehlten:

Schuster, Wolfgang

Aurand, Stephan

Prof. Dr. Danne, Harald

Dr. Blöcher-Weil, Johannes

Dr. Büger, Matthias

Egler, Beatrix

Fuchs, Hans-Werner

Herr, Christoph Alexander

Kunz, Cirsten

Schäfer, Mechthild

Dr. Schönwetter, Tim

Volkmann, Johannes

Weppler, Elke

Von der Verwaltung waren anwesend:

Vetter, Simone

Braun, Janina

Funk, Lisa

Dorsten, Ingo

Wilhelm, Sophia

Jankowski, Axel

Weber, Kerstin

Nitsch, Stefan

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1.

Vorstellung Projekt "fifty-fifty" (Energiesparen an Schulen)
Beschluss Kreistag vom 15.05.2023 (A-12/2023)
-gemeinsamer TOP mit Umweltausschuss-

TOP 2.

Schulschwimmen
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022
(A-53/2022)

TOP 3.

Gastschulbeiträge
Berichts Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2023
(A-31/2023)

TOP 4.

Sachstandsbericht Fortschreibung Schulentwicklungsplan
(aktueller Stand der 9. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die allgemeinbildenden Schulen)

TOP 5.

Verschiedenes

Sitzungsverlauf

Die 16. Sitzung des Bildungsausschusses (BildA) findet im Kreistagssitzungssaal der Kreisverwaltung Wetzlar statt. Für TOP 1 findet die Sitzung zusammen mit dem Umweltausschuss (UmwA) statt, daher übernimmt die Vorsitzende des Umweltausschusses, Frau Carmen Zühlsdorf-Michel, die Eröffnung der Sitzung und begrüßt den Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Roland Esch, die Ehrenamtliche Dezernentin für Umwelt, Frau Andrea Biermann sowie die Mitglieder des Umweltausschusses, des Bildungsausschusses, Mitglieder des Ältestenrats, des Kreisausschusses und der Verwaltung. Sie stellt auch den form- und fristgerechten Eingang der Einladung fest. Sie teilt mit, dass Frau Crass als Schriftführerin für beide Ausschüsse die Protokollführung übernimmt.

Die Vorsitzende des UmwA, Frau Zühlsdorf-Michel, informiert, dass in der Sitzung der vergangenen Woche des UmwA die Frage gestellt worden sei, zu der sich bis heute die Mitglieder des UmwA eine Meinung bilden sollten, die Anfangszeit der Ausschüsse im nächsten Jahr auf 16.30 Uhr zu belassen oder auf 16.00 Uhr zu vorzulegen. Sie bittet nur die Mitglieder des UmwA dazu ein Meinungsbild mit Handzeichen zu geben. Es gibt zwei Handzeichen für 16.00 Uhr und vier Handzeichen für 16.30 Uhr. Die Mehrheit sei für 16.30 Uhr, dies sei aber nicht repräsentativ, sie werde es aber so an das Kreistagsbüro weitergeben.

Die Vorsitzende des UmwA, Frau Zühlsdorf-Michel, teilt mit, dass die Tagesordnung vorliegen würde und fragt ob es Änderungswünsche gäbe. Dies ist nicht der Fall, die Tagesordnung wird so genehmigt.

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 1.

Vorstellung Projekt "fifty-fifty" (Energiesparen an Schulen)

Beschluss Kreistag vom 15.05.2023 (A-12/2023)

-gemeinsamer TOP mit Umweltausschuss-

Frau Zühlsdorf-Michel, begrüßt und stellt den Referenten der Präsentation zum Projekt „fifty-fifty“ vor - Herrn Lothar Eisenmann, Geschäftsführer des Instituts für Energie- und Umweltforschung (ifeu) in Heidelberg.

Herr Hundertmarkt wirft die Frage ein, dass der Umweltausschuss eröffnet sei und ob die Vorsitzende des BildA, Frau Lefèvre, formal auch noch den BildA eröffne und die Beschlussfähigkeit feststelle oder ob dies die Vorsitzende des UmwA auch übernehme, was sie nach seinem Dafürhalten eigentlich formalkorrekt nicht könne.

Daraufhin begrüßt **die Vorsitzende des BildA, Frau Christa Lefèvre**, die Anwesenden auch von Seiten des BildA und stellt ebenfalls die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Aufforderung der **Vorsitzenden des UmwA, Frau Zühlsdorf-Michel**, erfolgt die Zuschaltung des Referenten, Herrn Eisenmann per Videokonferenz am bereitgestellten digitalen Panel auf welchem auch dessen Präsentation vorgestellt wird.

Frau Zühlsdorf-Michel, weist daraufhin, dass eine persönliche Anreise von Herrn Eisenmann zu zeit- und kostenintensiv gewesen wäre und man sich daher für den neuen Weg der digitalen Live-Zuschaltung entschieden habe. Sie gibt zur Einführung in die Thematik das Wort an die Ehrenamtliche Dezernentin Frau Biermann.

Frau Biermann führt an, dass es bei der Präsentation von Herrn Eisenmann zum Projekt „fifty-fifty“ um energiesparen an Schulen gehe. Regenerative Energien erzeugen sei eine Sache dem Klimawandel entgegen zu wirken, Energie sparen sei oftmals eine leichte Sache, die einen Anstoß brauche. Man wolle heute sehen wie dies mit den Schulen sei. Dann könne man sich überlegen ob dies auch eine Möglichkeit für die heimischen Schulen sei.

Frau Zühlsdorf-Michel heißt Herrn Eisenmann nach erfolgter Live-Zuschaltung herzlich Willkommen und erteilt ihm das Wort.

Herr Eisenmann stellt sich und das Institut vor und beginnt mit dem Vortrag seiner Präsentation (Anlage 1).

Frau Zühlsdorf-Michel bedankt sich für den Vortrag und gibt für die erste Wortmeldung weiter an Herrn Sitte.

Herr Sitte stellt sich die Frage wie von den Lehrerinnen und Lehrern die Mehrarbeit wahrgenommen werde. Man habe nicht nur in Hessen, sondern auch im Lahn-Dill-Kreis mit personellen Engpässen zu kämpfen und daher stellt sich die Frage wie dies aufgenommen und umgesetzt werden würde?

Herr Eisenmann stimmt Herrn Sitte zu, dies sei kein Selbstläufer, man könne nicht sagen: „Spart mal Energie“ und alle legen los. Man müsse in den Schulen diejenigen herausfinden und ansprechen, die Klimaschutzaffin seien und dieses Thema interessant fänden, sich engagieren und damit gerne selbst tätig werden möchten. Es sei eine große Chance, wenn man der Meinung sei, man müsse eigentlich etwas für den Klimaschutz tun. Wie könne man das machen, wenn man ein solches Angebot bekäme? Das sei dann sehr konkret. Die Leute könne man finden, aber eben nicht an jeder Schule. Dies bedeute, wenn man 100 Schulen annehmen würde, denen man dieses Angebot unterbreiten würde, wäre es ein sehr guter Schnitt, wenn davon 25 bis 30 bei solch einem Projekt mitmachen würden. Dies sei eine Quote, die Herr Eisenmann als typisch empfände. Von den anderen Schulen käme die Rückmeldung, sie seien zu hoch belastet, man könne dies nicht leisten. Es fänden sich aber auch immer ein Prozentsatz, etwa ein Drittel am Anfang, wenn das Projekt länger lief, auch manchmal bis zu Hälfte der Schulen, die dann sagen würden: „Doch das sei Ihnen ein wichtiges Anliegen. Die Schülerinnen und Schüler würden dies auch wollen.“ Diese gingen dafür ja auch immer noch auf die Straße und man fände dort daher entsprechende Akzeptanz.

Frau Zühlsdorf-Michel fragt nach weiteren Wortmeldungen und Fragen an den Referenten.

Herr Hundertmark bedankt sich bei Herrn Eisenmann und wendet sich mit Konkretisierungswünsche an Herrn Eisenmann. Er bittet Herrn Eisenmann um die Ausführung, was konkret könne eine Schule tatsächlich an Maßnahmen umsetzen. Sein Hintergrund dazu sei, dass die Steuerung der Heizungsanlagen, zum Teil auch die Steuerung der Belichtungsanlagen gerade an den weiterführenden Schulen so komplex sei, dass sie nicht immer von den Hausmeistern, sondern von externen Firmen entsprechend gehandhabt werden würde. Als weiteren Punkt würde mit Nachdruck daran gearbeitet werden, dass beispielsweise Beleuchtungen, im Sinne von Raumbelichtung, Flurbeleuchtung, Treppenhausbeleuchtung ausschließlich mit Bewegungsmeldern stattfände, so dass er, wenn er dem Vortrag aufmerksam gefolgt sei, die Maßnahmen bis auf den Punkt „Teilnahme am Stadtradeln“ zusammenstreichen könne. Er wolle gerne wissen, was konkret die Schule, die Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte noch an Maßnahmen umsetzen könnten um vielleicht 5 % oder auch 10 % des Energiebedarfs einzusparen?

Herr Eisenmann antwortet, es gäbe inzwischen eine ganze Reihe von Schulen, in denen tatsächlich schon ein sehr großer Automatisierungsgrad zur Lichtsteuerung, Lüftungssteuerung, Einzelraumregelung usw. vorhanden sei. Er habe persönlich etwa 100 Schulgebäude gesehen wo dies alles von alleine und wunderbar funktionieren würde. Dies bedeute, man habe hier eher

weniger die Möglichkeit, wie mache man beispielsweise die Fenster auf, das können sie vielleicht gar nicht mehr. Man habe hier aber die Möglichkeit darauf zu achten, wo zu hohe Temperaturen seien, wo könne noch herunter geregelt werden. Eben Tipps genau für diese externen Dienstleister, die dann entsprechend die Einstellungen noch optimieren können. Das sei dann eine etwas andere Zusammenarbeit, aber es ginge auch hier letztendlich darum den Nutzer zu gewinnen und dabei mitzuhelfen diese Automatisierung zu optimieren. Trotzdem gäbe es darüber hinaus an den Schulen noch zahlreiche Geräte, die ein- und ausgeschaltet werden können, die bisher manchmal nicht ausgeschaltet werden. Es gäbe mittlerweile überall die Tablet-Klassen und viel mehr. Dies seien zahlreiche Angriffspunkte an denen noch einzelne Personen etwas ein- und ausschalten können.

Frau Niggemann hat Rückfragen zur Organisation. Wenn man das Projekt „fifty-fifty“ im Internet nachfrage würde, bekäme man mit als erstes die Homepage des Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) angezeigt. Könne Herr Eisenmann erläutern um was es sich dabei genau handelt, sei dies eine Unterorganisation der ifeu oder sei dies etwas ganz Anderes bzw. würde mit dem UfU zusammengearbeitet werden. Des Weiteren stellt Frau Niggemann die Frage inwieweit auch Verbindungen zur „Angora Energiewende“ mit Herrn Dr. Graichen bestehen würden.

Herr Eisenmann antworte, dass man seit vielen Jahren mit der UfU eng zusammenarbeiten würde. UfU sei ein ökologisches Forschungsinstitut, ähnlich wie es die ifeu sei und das Ökoinstitut, man sei alle zusammen im Ökonet, einem Verbund von ökologischen Forschungsinstituten, zusammengeschlossen. UfU würde vor allem den Raum Berlin bedienen, da dort deren Standort sei, aber auch die neuen Bundesländer, Niedersachsen und möglicherweise eben auch Hessen. Sie hätten viele Leute, die in Schulen gingen und diese Projekte umsetzen würden. Man habe auch schon mit der UfU zusammengearbeitet als man beispielsweise für die Stadt Hamburg ein neues Prämiensystem ausgearbeitet habe, dazu seien diese auf die ifeu zugekommen. Es seien im Grunde Personen, ähnlich wie die ifeu, die eine starken Antrieb haben dieses Thema in die Schulen zu bringen. Mit Herrn Dr. Graichen habe man persönlich nichts zu tun, man würde aber schon seit vielen Jahren für die Angora Energiewende arbeiten, kenne Herrn Dr. Graichen daher auch. Man habe einige Aufträge im Rahmen der Angora Energiewende, die sich aber meistens nicht mit diesem Projekt beschäftigen. Es ginge da um Energieversorgung und Evaluierungen und auch um Szenarien für ganz Deutschland Maßnahmen zu finden, die über die öffentlichen Gebäude hinaus, für den gesamten Gebäudebestand Deutschlands wichtig seien.

Frau Zühlsdorf-Michel stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei und noch Anfragen von Seiten der CDU vorliegen würden.

Frau Lisa Schäfer fragt in Hinblick auf die von Herrn Eisenmann erwähnte Zusammenarbeit bei der Erstellung von Konzepten zusammen mit dem UfU, in welchem Kostenrahmen man sich dabei bewegen würde. Welche Kosten bei einer Vergabe auf den Kreis ungefähr zukommen würden.

Herr Eisenmann antwortet, man könne dies ganz gut an der Anzahl der benötigten Stellen festmachen. Wenn der Lahn-Dill-Kreis (LDK) jetzt einen solchen Antrag bei der NKI (Nationale Klimaschutzinitiative) stellen würden, dann würde der LDK möglicherweise eine oder je nach Anzahl der Schulen auch zwei Stellen beantragen. Er wisse aber nicht wie beim LDK die Stelle gerechnet würde, man müsse mit etwa 70.000 € bis 80.000 € pro Stelle rechnen. Dies wären dann Kosten, die dem LDK pro Jahr entstehen würden. Damit wären dann, bei beispielsweise zwei Stellen, 50 – 60 Schulen im Projekt. Man müsse mit Kosten in ähnlicher Höhe rechnen, wenn man eine Institution einbinden würden, die ebenfalls 50 Schulen beraten würde. Wären es nur 10 Schulen, wäre es natürlich viel weniger, denn die Kosten seien abhängig von den Einzelterminen die anfallen würden. Dies bedeute, ein Projekt würde sich in der Größenordnung von etwa 30.000 € und 80.000 € pro Jahr bewegen. Die Aufwendungen, die für Beratung, Vernetzung, Evaluierung, Controlling usw. aufgebracht werden würden, würden in der Regel durch die Einsparungen an Energie in den

Gebäuden tatsächlich auch wieder erwirtschaftet werden. Man könne damit nicht unglaublich viele Gewinne machen. Es sei nicht so, wie manchmal angepriesen würde, dass wenn man solch ein Projekt durchführe, das Geld quasi so sprudele. Es würde aber aus seiner Sicht sehr gut laufen, wenn dieses Projekt kostendeckend sei. Man habe dann einen echten Nährwert, denn man habe damit auch eine unglaublich gute Kommunikation zum Thema der eigenen Klimaschutzaktivitäten bereits wieder abgedeckt. Solche Projekte seien sehr Pressewirksam und man würde damit auch in den privaten Sektor sehr gut einwirken und man könne damit auch sehr gut weitere Werbung für den Klimaschutz machen.

Frau Zühlsdorf-Michel, stellt die Beantwortung der Frage fest und gibt das Wort weiter an Herrn Sitte.

Herr Sitte teilt mit, dass sich das Modell generell gut und attraktiv anhöre, aber angesichts der Situation, dass es in Hessen einen Investitionsstau von ungefähr fünf Milliarden Euro im Schulsektor gäbe, man beispielweise an der Käthe-Kollwitz-Schule, an der er selber Schüler gewesen sei, zwischen Fenster und Mauerwerk hindurchschauen könne und die Sporthalle durchgehend beheizt werden würde. Es wäre vielleicht sinnvoller, wenn man eher grundlegend eingreifen würde. Es würde sich natürlich in der Zeitung gut anhören, wenn man das öffentlichkeitswirksam bewerbe, solche Maßnahmen in seinen Augen aber ein „Tropfen auf dem heißen Stein“ seien.

Nach **Herrn Eisenmanns** gedenken, gehöre beides zusammen. Man könne keinesfalls die Schulen „verfaulen“ lassen, solche Schulen kenne er auch. Diese Schulen seien in einem sehr schlechten Zustand und man müsse dann im Grunde sagen: „Man könne gar nichts tun.“ Man könne dieses Projekt ergänzend zu Investiv-Maßnahmen machen, man könne es aber auch begleitend durchführen, auch wenn gerade nicht so viele Gelder für Investiv-Maßnahmen zur Verfügung ständen. Dies käme den Schulen zum Teil trotzdem zu Gute. Er habe eine Schule in Ludwigshafen, dies sei nicht gerade eine Kommune in Rheinlandpfalz, die über viele öffentliche Gelder verfüge. An dieser Schule seien die Fenster mit Schrauben am Rahmen festgeschraubt worden, damit diese nicht hinausfielen. Trotzdem wäre er 10 Jahre lang jedes Jahr zu Gast bei der Preisverleihung zum Energiesparwettbewerb. Die Schulgemeinschaft habe sich sehr engagiert etwas auf die Beine zu stellen was dieses Projekt anginge. Dies zeige, es müsse nicht immer das eine oder das andere ausgeschlossen werden. Glaubhaft sei es allerdings nur, wenn man beides angehen würde. Es sei eine interessante Projektidee, die machbar, finanzierbar und sinnvoll sei. Das Projekt habe an fast allen hessischen Kommunen schon gegeben. Man habe in 2003 ein Gutachten für das hessische Wirtschaftsministerium erstellt, welches das beste Prämiensystem sei. Man habe persönlich mit Herrn Lindner darüber gesprochen, der in Frankfurt das Energiemanagement betreuen würde, es sei vor kurzem auch dem Bundeswirtschaftsministerium als bestes Energiemanagement Deutschlands präsentiert worden, welches Prämiensystem sich eigenen würde. Da seien Fachfragen besprochen und lange diskutiert worden, in welchen hessischen Kreisen ein solches Prämiensystem schon angeboten würde und ein solches Projekt umgesetzt worden sei. Dies seien schon dreiviertel der Kreise gewesen. Dies zeige, dass es ein wohletabliertes System sei, welches funktionieren würde und es keine mittlere oder größere Stadt gäbe, in der es nicht vorhanden sei. Dies sei auch interessant vor dem Hintergrund, wenn man ein wenig Zweifel hegen würde. Man müsse sich fragen, warum dies so sei und wie man es einführen könne.

Herr Sitte merkt an, dass die Klimakrise etwas ganz Aktuelles sei und Herr Eisenmann immer in der Vergangenheit sprechen würde, wenn es darum gehe es gäbe Kommunen und Schulen, die dies betrieben hätten.

Herr Eisenmann antwortet, dass es aktuell sei. Er kenne keine mittlere bis größere Stadt, die ein solches Projekt nicht ihren Schulen anbieten würden, die dann auch zahlreich mitmachen würden. In

Heidelberg würde es ganz aktiv durch das Umweltamt betrieben werden. In Mannheim sei es die Energieagentur betrieben. Er könne auch in Hessen eine ganze Reihe von Städten nennen.

Herr Sitte meldet sich während der Antwort von Herrn Eisenmann an diesen und Ausschuss.

Frau Zühldorf-Michel, schreitet an diesem Punkt ein und merkt gerichtet an Herrn Sitte an, dass sie nicht glaube, dass Herr Eisenmann überzeugt werden oder sich rechtfertigen müsse. Herr Eisenmann habe nur einen Bericht liefern sollen, was er in guter und anschaulicher Art und Weise getan habe.

Herr Sitte entschuldigt sich.

Frau Zühldorf-Michel merkt an, es sei unfair jetzt nur kritische Fragen zu stellen. Es gebe noch weitere Wortmeldungen und sie gibt das Wort an Herrn Müller.

Herr Armin Müller bedankt sich für die Geduld und Teilnahme bei Herrn Eisenmann. Ihm fehle aber ein wenig der Begriff des Controllings. Er würde erwarten, dass die Energiebilanz einer Schule in einem goldenen Oktober, gegenüber dem deutlich kälteren November, der mehr oder weniger Verbrauch an Energie auch monatlich irgendwie abgebildet werden würde. Er erwarte, dass von Seiten des Kreises tatsächlich dieses Controlling stattfände, das man schaue wo seien in den Weihnachtsferien die Energiekosten tatsächlich deutlich gefallen und wo nicht. Und die Frage sei auch, man habe nicht in allen Schulen Heizungen, die selbstregulativ laufen. Es gäbe noch viele Schulen, an denen eigentlich ein Hausmeister die Heizung zurückfahren bzw. einstellen müsse, dies aber nicht geschähe. Wer kontrolliere zum Thema Heizkosten, ob diese Dinge auch umgesetzt werden würden?

Herr Eisenmann antwortet, er sei nicht genau informiert, wie im LDK das Energie-Controlling funktioniere. Er gehe in diesem Fall davon aus, man habe ein Energie-Controlling im LDK. Ein professionelles Energie-Controlling sähe so aus, dass man selbstverständlich auch Witterungskorrekturen der Heizenergieverbräuche vornehme. Dies bedeute, dies sei immer auch herausgerechnet, damit die entsprechenden Witterungen eines Jahres vergleichbar mit einem langen Durchschnitt seien. Die Verbräuche die man von Jahr zu Jahr, witterungskorrigiert habe, könne man miteinander vergleichen, da seien kalte Monate und warme Monate bereits herausgerechnet. Dies sei wichtig, um tatsächlich sehen zu können, was sich im Gebäude abspielt und wie könne man dies durch technische Maßnahmen oder eben auch durch solche Nutzerprojekte, weiter positiv beeinflussen und entsprechend Energieeinsparungen erreichen. Es sei schon sehr wichtig, ein funktionierendes Energie-Controlling zu haben. Es sei die Grundvoraussetzung um öffentlichen Gebäude im Grunde vom Tisch aus steuern zu können.

Frau Zühldorf-Michel übergibt das Wort an Frau Esch.

Frau Esch stellt die Frage an Herrn Eisenmann, er habe ja auch schon mit dem hessischen Kultusministerium zusammengearbeitet, dabei sei es um die schulische Umweltentwicklung gegangen. Ihrem Gedanken nach müsse man die Schulen mit einbinden. Das eine müsse das andere ergeben, da der LDK keinen Einfluss auf die Lehrerschaft habe. Sie würde daher gerne wissen, wie diese schulische Umweltentwicklung aussähe.

Herr Eisenmann bittet Frau Esch nochmals um Präzisierung des Projekts beim Kultusministerium, da er es akustisch nicht verstanden habe.

Frau Esch erklärt Herrn Eisenmann, dass er zu Beginn seines Vortages eine Zusammenarbeit mit dem hessischen Kultusministerium erwähnt habe, in dem es um das Thema der schulischen Umweltentwicklung gegangen sei.

Herr Eisenmann antwortet, dass das Kultusministerium zwar nicht in die einzelne Schule gehe um Dinge umzusetzen, aber es gäbe Projekte und es gäbe der ifeu einen gewissen Rahmen vor, in dem Projekte positiv laufen könnten. Es gäbe beispielsweise eine Abteilung im Kultusministerium die sich konkret mit der Bildung für nachhaltige Entwicklung beschäftige. Dies sei quasi das Schlagwort „BNE“, in dem alles, nicht nur Klimaschutz, sondern auch Umweltschutz und alle Bereiche, die sich mit nachhaltiger Entwicklung beschäftigen, in den Schulen eine Rolle spielen würden. Dies sei heute auch in den Bildungsplänen die wichtige Grundlage. Dort seien entsprechend Vorschläge eingesammelt worden, wie man konkret in Hessen an Schulen Verbesserungen herbeiführen könne. Dies sei einerseits durch die Initiierung von bestimmten Modelregionen und Modellprojekten möglich, aber andererseits auch durch breite Angebote, wie beispielsweise durch Institutionen in Hessen, die jeweils in einem bestimmten Bereich mehrere Kreise begleiten könnten. Es würden beispielsweise auf Anfrage von Schulen, Expertinnen und Experten in Schulen gehen um diese Inhalte verbreiten. Die Mittel würden aber nicht ausreichen, wenn der LDK für ein solches Projekt, die Unterstützung des Landes mit der Erstellung eines Projektdesigns inkl. Beratung in Anspruch nehmen wolle. Es könne aber initial jemanden geben, der konkret beraten könne, wie die Unterstützung des Landes aussehen könne. Für eine breite Unterstützung der Schulen müsse man selber sorgen.

Frau Zühlsdorf-Michel bittet nach den noch anstehenden zwei Wortmeldungen langsam zum Schluss zu kommen.

Frau Niggemann fragt an, dass auf der Homepage des UfU mit dem die ifeu nach eigenen Angaben sehr eng zusammenarbeite, könne man feststellen, dass dort Sympathien für die „Letzte Generation“ gehegt werden würden. Sie möchte daher von Herrn Eisenmann wissen, wie wahrscheinlich es sei, dass diese positive Einstellung der kriminellen Vereinigung gegenüber auch in die Schulen und dann auch an die Schülerinnen und Schüler herangetragen werden würde.

Frau Zühlsdorf-Michel wirft ein, dass sie solch Frage gar nicht beantworten würde.

Herr Eisenmann teilt mit, dass ihm dies neu sei, dass dort solche Zusammenhänge dargestellt werden würden. Man müsse dies vielleicht erst genauer untersuchen. Er schaue sich dies im Nachgang gerne an, da es ihn auch interessiere. Weniger mit Sympathie, als dass dort vielleicht ein Verständnis dargestellt sei, das jungen Menschen teilweise verzweifelt seien, was Klimaschutz in der Gesellschaft angehe. Es würde keine Sympathie geben. Man trage nicht in die Schulen, schon gar nicht im Rahmen eines solchen Projekts, irgendwelche Protestaktionen machen zu sollen. Ihm würde es sehr darum gehen, dass man konstruktiv überlege, wie könne man gemeinsam an den Problemen arbeiten. Man habe sehr viel Erfahrung in Kreisen und der Stadt Heidelberg, er nehme auch am Klimaschutzrat teil, beim Oberbürgermeister und natürlich seien auch hier mittlerweile die ganzen Protestler dabei, auch die „Fridays for Future“. Man sei da immer im Dissens, wenn es darum ginge, man müsse einfach nur demonstrieren. Man sei dann im Konsens, wenn es darum ginge zu sagen: „Ja, wo könne man mit gemeinsamen Projekten was machen.“ Ein konstruktives Projekt sei für ihn zu überlegen, wie könne man den Energieverbrauch begrenzen. Auf keinen Fall ein Projekt in dem es darum ginge etwas zu zerstören oder zu demonstrieren. Dies sei seines Erachtens nicht sehr hilfreich. Hilfreich sei es da, wo man die jungen Leute gewinnen kann, sich so zu beteiligen, dass sie für ihr Leben einen konstruktiven Beitrag erhalten. Einige die aus solchen Projekten hervorgegangen sind, die hätten etwas Entsprechendes studiert und seien selber in diese berufliche Laufbahn gegangen. Sie würden jetzt selber Leute beraten, seien zum Teil Handwerker in diesem Bereich geworden. Dies fände er eine sinnvolle Vorgehensweise. Diese Projekte seien wirklich konstruktiv angelegt.

Frau Zühlsdorf-Michel benennt die letzten Wortmeldungen.

Frau Green bestätigt die Aussage von Herrn Eisenmann. Sie sei selbst an einer Schule gewesen, an der Schülerinnen und Schüler einen Nachhaltigkeitswettbewerb organisiert haben. Dies habe zu sehr konstruktivem Austausch geführt. Sie sei sehr dankbar, dass es dies an ihrer Schule geben habe. Im Rahmen des Vortrages stellt sie die Frage an Herrn Eisenmann, er habe von der Beratung gesprochen die bei Anforderung an den Kreis herantreten würde. Wie sähe diese Beratung typischerweise in solchen Energiesparprojekten an Schulen aus. Welche konkreten Fragen seien von welchen Aktuellen an Schulen gestellt worden und wer habe die Beratung typischerweise bisher für die Schulen übernommen?

Herr Eisenmann antwortet, man könne da sehr lange darüber reden, wie man dies genau gestalten könne, er gebe einen kurzen Eindruck wie dies aussehen könne. Eine Beratung müsse erst einmal die kryptischen Fragen an einer Schule klären und müsse einen Weg aufzeigen, welche Aktivitäten erfolgreich sein könnten und müsse dies im Grunde auch prüfen, wie ein Art Organisationsberatung. Wie könne an der Schule mit den begrenzten Kapazitäten ein solches Projekt umgesetzt werden. Dann sei es eher punktuell, dass man sage, ja es gebe beispielsweise den Impuls, man hole jemanden zum Thema Energieverbrauch in Deutschland, wie könne man etwas einsparen, wo seien Potenziale, wo seien auch an der Schule Potenziale, was könne man tun. Im besten Falle könne dies die Beratung selber und würde auch sehr konkret sagen können, was seien die Möglichkeiten, die an der Schule existieren. Dann bräuchte man immer mal wieder jemanden, der auch mal nachfragen würde, der positive Rückmeldungen gäbe, der entsprechen auch kontrolliere, was an den Schulen laufe, um einen Überblick zu haben. Der dann auch da einhake, wenn verschiedene Dinge schon gemacht seien, auf die verschiedenen Dinge hinweise, die es noch zum Umsetzten gäbe. Dazu sei eine Institution, die Umweltlernen e. V. in Frankfurt, die dies schon seit 10 – 15 Jahren machen würde, bestens geeignet. Es gäbe aber auch noch andere Institutionen, die auch solche Beratungskräfte haben um dann in den Schulen sehr zielgerichtet kontakten könnten.

Herr Brockhoff bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und teilt mit, er glaube das Ziel mit dem Antrag sei gewesen, einen Bericht und eine Vorstellung zu erhalten. Dies sei vollumfänglich erfüllt worden. Er glaube allen sei klar, dass das, was Herr Eisenmann vorgestellt habe sicherlich nicht das Einzige sein kann, was in diesem Bereich an den Schulen passiere. Es müsse immer Hand in Hand mit den Sanierungsmaßnahmen einhergehen. Er glaube nur auf das eine Pferd zu setzen, würde keiner machen. Aber es könne, wenn es fünf bis fünfzehn Prozent Einsparungen, einfach nur durch Aufklärung ermögliche, natürlich trotzdem einen Anteil beitragen. Zudem glaube er durchaus, wie er das so wahrgenommen habe, dass es im LDK an Schulen schon ganz viele Projekte gäbe, die sich mit dem Thema befassen würden. Man könne diese vielleicht Bündeln. Gestern habe es eine große Preisverleihung in Wiesbaden gegeben, an der die „Umweltschulen“ belobigt wurden. Er habe dazu ein Foto eines in der Sitzung Anwesenden in Social Media gesehen, der dort für den Kreis in Empfang genommen habe. Er glaube man solle dies einfach prüfen. Dies sein Hinweis zum ersten Teil des Antrags, welches der Bericht von heute gewesen sei. Der zweite Teil des Antrags sei die Prüfung des Kreisausschusses. Er glaube nach den intensiven und vielen Informationen die man nun bekommen habe, sei es jetzt eine Hausaufgabe an den Kreisausschuss, diesen Prüfantrag zu vollziehen.

Frau Zühlsdorf-Michel fragt an, wie es nun weiterginge. Im zweiten Teil des Antrages stehe, dass der Kreisausschuss gebeten würde eine Prüfung vorzunehmen. Daher müsse der Kreisausschuss irgendwann über diese Prüfung berichten. Vielleicht beim nächsten Bericht. Die Vorsitzende des UmwA, Frau Zühlsdorf-Michel stellt die Frage an den Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Esch, ob dieser Bericht im Umweltausschuss, im Bildungsausschuss oder wieder in einem gemeinsamen Termin erfolgen solle. Es dauere sicher eine Zeit, bis für den Bericht Ergebnisse vorlegen würden.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt fest, er aber nicht Antragsteller gewesen sei, dass dem Berichtsantrag heute genüge getan worden sei und sich nun zum zweiten Teil die Frage stelle, was der Kreisausschuss damit mache. Man habe gehört, dass das Projekt ganz viele Facetten hätte. Er neige zurzeit dazu, nach seinem persönlichen Eindruck, zu sagen, man könne vielleicht mit vorhandenen Mitteln, er sieht Herrn Dorsten, als hauseigenen Experten im Hintergrund sitzen und bittet ihn sich angesprochen zu fühlen, ein oder zwei Pilotschulen zu finden, die dies gerne einmal ausprobieren würden. Bei allem was er eben gehört habe, sei es nicht so einfach. Man habe im Bauausschuss erst gestern berichtet, wie viele verschiedene Maßnahmen von letztem zu diesem Jahr gemacht wurden. Man habe aus der Energiekrise gelernt. Dies habe automatisch dazu geführt, dass man Energieeinsparungen habe. Dies zeige, dass man diesen Punkt Null nicht unbedingt habe. Man müsse rechnerisch was tun. Was er im Moment sehr skeptisch sähe, sei die Einstellung von weiteren Mitarbeitern dafür, als zusätzlich nötigen Stellen. Man tue sich da ohnehin sehr schwer. Zusätzliche Stellen schaffen zu können, halte er momentan für utopisch. Der Kreisausschuss werde sich damit beschäftigen und er glaube das alle damit leben könnten, wenn sich nur eine Schule dafür interessieren würde und gerne mitmachen wolle, allerdings ohne einen allzu erheblichen Aufwand. Dies sei sein Eindruck von heute und bedankt sich bei Herrn Eisenmann nochmals für den Vortrag. Er habe eine andere Erwartungshaltung gehabt, fand es aber sehr interessant und sei positiv überrascht. Es sei gut, dass auch alle Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten angesprochen wurden. Sobald eine Entscheidung im Kreisausschuss getroffen worden sei, dies könne auch mehr als eine Sitzung nötig machen, werde er im BildA darüber berichten bzw. Frau Biermann würde dies dann im UmwA machen - vielleicht wieder zusammen.

Frau Zühlsdorf-Michel stimmt diesem, aufgrund nickender Köpfe überall, zu. Sie bedankt sich nochmals bei Herrn Eisenmann für den Vortrag und fragt an ob die PowerPoint-Präsentation dem Protokoll beigefügt werden könne.

Herr Eisenmann stimmt zu, bedankt sich und wünscht der weiteren Sitzung noch einen guten Verlauf.

Frau Zühlsdorf-Michel teilt mit, dass die gemeinsame Sitzung mit dem BildA hiermit beendet sei. Der Tagesordnungspunkt sei damit abgeschlossen. Im Skript des Kreistagsbüros stünde, der UmwA verlässt den Saal. Sie weist daraufhin, dass natürlich alle hierbleiben können, da es sich auch bei der Sitzung des BildA um eine öffentliche Sitzung handle. Sie verabschiedet sich und verlässt mit einigen Mitgliedern des UmwA den Saal.

Die Vorsitzende des BildA, Frau Lefèvre übernimmt die weitere Sitzung.

<p>Zu TOP 2. Schulschwimmen Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2022 A-53/2022</p>
--

Vorsitzende Lefèvre, gibt für einen Bericht das Wort an Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Esch.

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit, dass ein Antrag der CDU-Fraktion vorliege, der aus zwei Teilen bestehe. Der erste Teil bittet um die Abgabe eines Sachstandberichts zum Schulschwimmen und einem Fragenkatalog. Herr Esch teilt dazu mit, dass der Mitarbeiter der für die Thematik zuständig ist, sich leider im Urlaub befände und daher nicht vortragen könne. Sein Vorschlag zu diesem Punkt sei daher, dass die Informationen in einer Excel-Tabelle zusammenzufassen und den Mitgliedern des BildA zukommen zu lassen, und diesen Teil in der nächsten Sitzung des BildA erneut auf die Tagesordnung zu nehmen. Zum zweiten Punkt des CDU-Fraktionsantrags sei eine

Aufforderung an den Kreisausschuss ein Konzept in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden zu erstellen. Dort habe er vor einiger Zeit in der Bürgermeisterkreisversammlung den Vorschlag gemacht, ob es die Möglichkeit der Gründung eines Zweckverbandes gäbe oder ähnliches. Die Bürgermeister haben dazu inzwischen einen Arbeitskreis gebildet, der auch bereits getagt habe. Er habe heute mit Herrn Bürgermeister Braun gesprochen, welcher aktiv in der Bürgermeisterrunde tätig sei und übergibt daher das Wort an diesen.

Herr Braun stimmt den Ausführungen von Herrn ersten Kreisbeigeordneten Esch zum Punkt 1 des CDU-Fraktionsantrags zu. Dies entspräche dem, dass man im Vorfeld der nächsten Sitzungen die Unterlagen schon mal zu Hand hätte. Die Bürgermeister hätten das Thema Schwimmen im Kreis der Schwimmbadkommunen erörtert. Aktuell laufe die Abfrage der Daten, die dabei zu betrachten seien. Man würde sich dann nochmals eingehender damit befassen und man käme dann mit dem Ergebnis wieder zurück in den BildA, so dass man sich möglicherweise zu den Punkten 1 und 2 zusammen wieder in einer Sitzung befassen könnte.

Herr Brockhoff teilt mit, dass er sich über dieses Vorgehen bzw. diese Absprache wundere. Nach seiner Einschätzung sei der Punkt 1 des Antrags im Januar dieses Jahres sehr ausführlich im BildA beraten worden, mit Anhängen, mit Protokoll. Er hätte unzählige Dokumente dazu vorliegen, in denen jede einzelne Frage bereits schriftlich beantwortet worden sei. Im HFWO-Ausschuss sei beschlossen worden den Punkt 2 des Antrags wegen der Bürgermeisterdienstversammlung zu verschieben. Der Punkt 1 sei allerdings für erledigt erklärt worden und damit beendet. Das stehe im Protokoll BildA und HFWO.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet darauf, dass er wüsste, dass darüber gesprochen worden sei, er aber nochmals nachsehen müsse. Er habe es hier auf der Tagesordnung wieder aufgefunden, es aber keine Rolle spiele, man könne die Unterlagen ja nochmals begeben. Punkt 2 des CDU-Fraktionsantrags müsse dennoch nochmals in einer der nächsten Sitzungen, wenn die Bürgermeister sich einige geworden seien, aufgenommen werden. Es habe Veränderungen geben. Man habe auch in der Zeitung lesen können, dass man das Schulschwimmen an einer Schule durchführen wollte, die mit den öffentlichen Bussen fahren hätte müssen, es aber keine Busverbindung gäbe. Auch diese Problematik gäbe es und es gäbe dadurch Bewegung in diesem Thema. So würden immer wieder neue Fragen auftauchen. Er stimme Herrn Brockhoff aber zu, er erinnere sich, Punkt 1 könne für erledigt erklärt worden sein.

Herr Dworschak teilt mit er habe den Protokollauszug der HFWO-Sitzung vom 02.02.2023 vorliegen. Da sei es in der Tat so, wie es Herr Brockhoff vorgetragen habe, dass der Punkt 1 zur Kenntnis genommen worden wäre und erledigt sei. Der Punkt 2 sei, wie Herr Erster Kreisbeigeordneter und Herr Braun berichten, von der Bürgermeisterdienstversammlung vertagt worden.

Erster Kreisbeigeordneter Esch ergänzt nochmals, er habe es nicht nachgesehen, da er bis vor kurzem im Urlaub war. Er habe nur auf der Tagesordnung gesehen, es sei noch aufgeführt und sei sich nicht sicher gewesen. Es bliebe aber in jedem Fall noch bei dem zweiten Punkt.

Herr Berns ergänzt, er wäre letzstens auf Ehrenamt-Basis im Schwimmbad in Sinn gewesen. Dieses habe die umliegenden Schulen in Eigenregie gefragt, ob sie nicht den Schwimmunterricht in ihrem Schwimmbad durchführen wollen. Die Comeniuschule habe wohl zugesagt, die Schule in Bicken habe Schwierigkeiten mit dem Transport. Ob denn auch Schwimmbäder gefragt würden, die von privater Hand betrieben würden, um am Schulschwimmen teilnehmen zu können. Oder würde das nur, wie im Antrag beschrieben sei, über die Kommunen laufen?

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit es würde auch in Schwimmbäder außerhalb des LDK gefahren. Freibäder seien natürlich nur eingeschränkt nutzbar.

Frau Petersen habe noch eine Frage zu der Schule in Mittenaar, die einen Bus benötige um ins Schwimmbad zu kommen, den es nicht gäbe. Wie sei der generelle Ablauf? Müssten die Schulen sich selbst kümmern oder würde dies zentral vom LDK gesteuert werden. Würde es verteilt werden, dass zumindest jede Schule die Möglichkeit habe ein paar Klassen abzudecken. Es sei ungünstig, wenn eine Schule den Unterricht für mehrere Klassen richtig durchführe könne, andere dazu aber dann keine Möglichkeit hätten. Vielleicht wäre eine Abgleichung sinnvoll.

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, diese Diskussion habe es bereits beim letzten Mal schon gegeben. Es käme auch ein wenig darauf an, dass es nicht alle Schulen wünschen würden, da ihnen beispielsweise auch das Personal fehle oder aber auch der Zeitaufwand des Fahrens sei zu hoch. In Bezug auf die Buslösung in Mittenaar, würde Abwicklung zentral über den LDK erfolgen. Frau Mette sei im Normalfall dafür zuständige, würde heute aber von Frau Funk vertreten werden. Die Abwicklung sei diese, dass man den Vorgang ausschreibe mit den Angaben der Zeiten und des nötigen Weges für einen Bus. Man hoffe dann auf Antworten. Leider würde man ab und zu mittlerweile leider kein Angebot bekommen. Dann würde nochmals bei den Busbetrieben nachgefragt werden, was aber leider in der Regel zu keinem Ergebnis käme. Was man inzwischen auch immer wieder typischerweise beobachten könne sei, dass die Firmen deutlich zu hohe Preise fordern um entsprechende Fahrten übernehmen zu wollen. Diese Beträge seien außerhalb jeglicher normalen Preisgestaltung, die man so nicht akzeptieren könne. An diesen Zustand müsse man sich gewöhnen. Diese Situation habe es Jahre und Jahrzehnte nicht gegeben. Er habe dies jetzt aber bereits in Bezug auf Schwimmbad- oder Turnhallenfahrten an 2, 3 Schulen erlebt. Es sei unangenehm aber es sei aktuell nicht lösbar. Es sei momentan wohl eine weitere Folge des Fachkräftemangels.

Frau Petersen habe noch die Nachfrage dazu ob es denn möglich sei, Schulen zusammen zu fassen. Wenn ein Bus beispielsweise von Herbornseelbach in eine Richtung führe, dass dieser dann die Schülerinnen und Schüler aus Mittenaar mitnehmen könne. Könne man dies irgendwie zusammenpacken. Alle würden dafür kämpfen, dass man den Kindern in der Schule das Schwimmen lernen wolle, wenn es nicht schon von den Eltern zu Hause beigebracht würde. Es sei doch dann sinnvoll, wenn man irgendwie einen Plan erarbeiten würde, dass die Kinder zusammenfahren könnten.

Frau Braun wirft ein, sie sei zwar nicht zu ganz genau informiert, aber sie glaube es handele sich an der Johann-Heinrich-Alstedt-Schule in Mittenaar um 90 Schülerinnen und Schüler. Dies würde die Kapazität eines Solo-Busses sprengen. Im Nordkreis sei es so, dass beispielsweise die Firma Welsch-Reisen in Herbornseelbach sich deutlich verkleinert habe, mit nur noch einem Bus, so dass dann dadurch Kapazitäten fehlen würden. Die Wilhelm-von-Oranien-Schule würde bereits schon für den Hinweg zum Schwimmbad in Ehringshausen den Zug nutzen und nur für die Rückfahrt den Bus nehmen, da es auch da keine Kapazitäten mehr gäbe. Der Vorschlag des Mitnehmens müsste dann von weiter oben organisiert werden, dies sei aber wahrscheinlich aufgrund einer Maximalgrenze nicht möglich, sobald es mehr als zwei Klassen seien. Generell gälte da wohl noch: „Wer zuerst kommt, malt zuerst.“

Erster Kreisbeigeordneter Esch kommt auf die Frage zurück, ob man etwas zusammenfassen könne und weist auf das vorhandene Mobilitätsmanagement, welches sich um alle Möglichkeiten bemühe immer wieder Lösungen zu finden. Dies bedeute, wenn es die Möglichkeit einer Zusammenfassung gäbe, dies sicherlich genutzt werden würde. In der Regel wird dies aber wahrscheinlich nicht richtig funktionieren. Man halte auch Rücksprache mit den Schulen, ob man Möglicherweise den Schulbeginn etwas verschieben könne, da dies vieles entzerren könne. Wenn sich in absehbarer Zeit dazu nicht was ändern würde, wenn die Entwicklung so weiterginge, dass es immer weniger Angebote gäbe, dann würde man ernsthafte Probleme bekommen.

Herr Hundertmark wirft ein, dass die grundsätzliche Problematik bekannt sei und er daher vorschlagen möchte, nochmals nachgelesen aus dem Protokoll von Januar, dass zwar die Fragen beantwortet worden seien, aber kein Bericht im eigentlichen Sinne abgegeben worden sei. Es läge dann auch bereits bis zur nächsten Sitzung schon zehn Monate zurück. Wenn man nun die vorhandenen Daten, wie Herr Esch das anfangs hervorgebracht habe, aufbereitet hier nochmals auf die Tagesordnung aufnehme, dann könne man dem Thema die entsprechende Wichtigkeit nochmals beimessen. Er glaube man sei sich einig, dass es wichtig sei das Schwimmen zu lernen. Es habe auch etwas mit Sicherheit und Gefahrenabwehr zu tun, wenn man schon die Möglichkeit habe überhaupt das Schwimmen lernen anzubieten. Man habe in der Vergangenheit, mit dem anheben der Preise von Zahlungen an die Schwimmbäder für die einzelnen Schülerinnen und Schüler, für den Schwimmunterricht schon einiges getan. Man solle sich da aber immer wieder mit den Zahlen und Fakten beschäftigen um dies im Blick zu behalten und um möglicherweise auch Besserung erzielen zu können. Daher sei seine Bitte, die Anregung von Herrn Esch aufzunehmen, die Zahlen, die schon da seien, vielleicht auch im Januar schon da waren, aktualisiert mit den Ergebnissen, die dann zu Punkt 2 noch zu ergänzen seien, nochmals im BildA auf die Tagesordnung zu bringen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch gibt den Vorschlag dazu, es sei mühselig, selbst wenn man den Antrag zu Top 1 nun als erledigt betrachte, wenn dann wieder in Kürze die nächsten sagen, sie hätten gerne nochmals einen aktuellen Bericht. Da man über den Punkt 2 sowieso noch reden müsse, könne man auch ein Update dazu machen. Da es interessiere, gerade auch anhand des Vorfalls ins Mittenaar. Dies läge auf der Hand, da könne man nicht daran vorbeigehen. Die Thematik sei spannend, gerade über den Winter, da die Busversorgung schlechter werden würde. Er sei gerne dazu bereit es so abzuwickeln, das Einverständnis von allen Anwesenden vorausgesetzt. Sobald das Ergebnis der Bürgermeister vorliege, werde man die Punkte 1 und 2 in einem Block besprechen können und es hiermit wieder auf die Tagesordnung nehmen.

Herr Sitte richtet die Bitte an Herrn Esch in diesem Zuge auch eine Auflistung aller Schulen bekommen zu können, die noch nicht bei dem Schulschwimmunterricht inbegriffen seien.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stimmt diesem zu. Wenn sich abzeichne man habe ein Ergebnis, welches man hier besprechen könne, würde man das Update mit den Daten machen und dann im BildA vorstellen.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Organisationsausschuss schließt sich der Empfehlung des Bildungsausschusses an und vertagt die Nummer 2. des Antragstextes. Diese verbleibt im Geschäftsgang und wird in einer der nächsten Sitzung aufgerufen.

Antragstext:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Sachstandsbericht zum Thema Schulschwimmen im Lahn-Dill-Kreis im Bildungsausschuss vorzustellen, der sich auf die in der Anlage gestellten Fragen bezieht.

Zur Kenntnis genommen

2. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, ein Konzept in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises zu erarbeiten, um die finanzielle Belastung einzelner badbetreibender Kommunen gerechter zu werden.

vertagt

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Zu TOP 3.
Gastschulbeiträge
Berichts Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2023
A-31/2023

Vorsitzende Lefèvre, kündigt den Berichts Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Gastschulbeiträge“ an.

Frau Funk informiert, sie habe sich zusammen mit Frau Mette, die für den Bereich Schülerbeförderung zuständig sei, Gedanken zu dem Antrag gemacht und haben einen Sachstandsbericht dazu vorbereitet.

Es folgt die Präsentation (Anlage 2) durch Frau Funk.

Vorsitzende, Frau Lefèvre, bedankt sich bei Frau Funk für den Bericht.

Herr Berns stellt fest, dass die Gastschulbeiträge viel kosten würden, die man im Saldo zu entrichten habe. Gäbe es wie zum Beispiel Gießen auch Zahlen zum Schulstandort Braunfels und dem Philippinum in Weilburg? Er könne sich vorstellen, dass dort auch einiges in Bewegung sei. Man solle sich insgesamt diese Zahlen einmal ansehen und bei der nächsten Fortschreibung des Nahverkehrsplanes ein besonderes Augenmerk auch auf die Gastschulbeiträge legen.

Frau Funk antwortet, man könne natürlich grundsätzlich alle Zahlen auswerten. Die allgemeinen Schülerströme seien bekannt, wenn noch Details gewünscht seien, könne man diese liefern.

Herr Braun bedankt sich im Sinne des Antrags für die umfassende Präsentation, die auch bereits im Vorfeld zur Verfügung gestellt war. Man konnte sich daher bereits im Vorfeld mit den Zahlen beschäftigen. Es sei eine Grundlage, wie es auch Herr Berns gesagt hätte, dies in der Zukunft genauer beachten zu können bzw. zu müssen. Er stimmt zu, dass es nur ein Bruchteil von Faktoren gäbe, die man beeinflussen könne. Man könne die Faktoren Freundschaften, Familie oder auch irrationale Gründe nicht beeinflussen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stellt fest, dass der Bericht damit gegeben sei.

Vorsitzende Lefèvre, leitet weiter zu Top 4.

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, im Schulausschuss über das Thema „Gastschulbeiträge“ zu berichten.

Zu TOP 4.
Sachstandsbericht Fortschreibung Schulentwicklungsplan
(aktueller Stand der 9. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die allgemeinbildenden Schulen)

Erster Kreisbeigeordneter Esch informiert einleitend, dass aktuell der Schulentwicklungsplan (SEP) für die allgemeinbildenden Schulen fortgeschrieben werde und dass man dabei im Zeitplan etwas hinten sei. Der verzögerte Zeitplan sei allerdings kein Eigenverschulden, sondern sei Corona bedingt außerhalb des turnusmäßigen Bereichs. Man halte es daher für richtig den Bildungsausschuss über den aktuellen Stand zu informieren und gibt das Wort an Frau Funk über.

Frau Funk teilt mit, dass der letzte Sachstandsbericht, mit dem Sachstand der Zielerreichung zum letzten fortgeschriebenen SEP, im vergangenen November/ Dezember erfolgt sei. Da mit der neuen Fortschreibung nun begonnen worden sei und solch ein Prozess relativ lange dauere, möchte man mit folgender Präsentation (Anlage 3) den aktuellen Stand mitteilen.

Herr Brockhoff wirft für sein Verständnis die Zwischenfrage ein, dass es bei Auflistung der Schulformen eine IGS gäbe, an welcher Stelle die KGS zu finden seien?

Frau Funk antwortet, diese seien den einzelnen Schulformen direkt zugewiesen und fährt dann mit der Präsentation fort.

Vorsitzende Lefèvre, fragt am Ende der Präsentation, ob es noch Fragen von den Anwesenden gäbe.

Herr Braun bedankt sich für den Vortrag und möchte gerne den Punkt Übergang von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen ansprechen. Dies stelle immer dann eine Herausforderung dar, wenn an die weiterführende Schule gegangen werden möchten, diese aber Kapazitätsprobleme habe. Während der dezentrale Schulstandort, gegen den man sich entscheide, möglicherweise Kapazitäten hätte und den damit unmittelbaren Auswirkungen auf den ÖPNV (Öffentlicher Personen Nachverkehr). Konkret an dem Beispiel des Johanneum-Gymnasiums mit der Sogwirkung auf die Westerwaldschule und die Johann-Heinrich-Alsted-Schule. Diese sei ein gutes Beispiel, da hier seines Wissens nach, die Zahlen deutlich in Bewegung seien. Welche Möglichkeiten habe man/ wolle man für die Zukunft als Schulträger dort? Zu beachten sei dabei auch der Elternwille gegenüber der tatsächlichen Kapazität des Gebäudes. Es sei dann die Notwendigkeit, zusammen mit dem Staatlichen Schulamt Strategien zu entwickeln um auch die dezentralen Schulstandorte zu stärken und gleichzeitig auch bei Elternwille gegen die Empfehlungen aus dem Grundschulbereich, auch von Qualität an den Gymnasien zu sprechen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch möchte dies, mit dem Einverständnis der Vorsitzenden, gerne beantworten. Der Ansatzpunkt sei vollkommen logisch und richtig, er könne und dürfe aber an dieser Stelle noch nicht viel sagen. Wie Frau Funk eben berichtet habe, stehe man mit der Vorbereitung zur Fortschreibung des SEP in Gesprächen mit Schulen und dem Staatlichen Schulamt. Man habe vor wenigen Wochen ein sehr ausführliches und umfassendes Gespräch mit dem Staatlichen Schulamt gehabt und habe die eigenen Vorstellungen unterbreitet, wie man dieses Problem, was Herr Braun angesprochen habe, lösen könne. Man wolle niemanden dazu zwingen an eine andere Schule, als die Wunschschule, zu gehen bzw. Kapazitätsbegrenzungen zu erstellen, die dies zur Folge hätten. Dies sei auch in Zustimmung des Staatlichen Schulamts. Der bessere Weg sei es, Angebote auszuweiten. Dies bedeute beispielweise dezentrale Schulstandorte selbst anzubieten. Dazu sei man gerade in Gesprächen, die man hier noch nicht näher erläutern könne. Es müsse hier noch mit Schulleitungen und mit Schulkonferenzen gesprochen werden. Das angesprochene Problem sei durchaus erkannt. Darüber berichten könne man aber erst, wenn alle Gespräche geführt worden seien. Man könne nur etwas kryptisch sagen, dass sich etwas tun werde. Die Schulentwicklung werde einen bestimmten Gang nehmen, es bliebe nicht alles beim Alten. Man habe bereits seitens des Kreisausschusses Beschlussfassungen getroffen, die beispielsweise daraufhin zielen würden, dass bei den Kaufmännischen Schulen mehr „Erzieher“-Klassen eingerichtet werden könnten. Dies sei zwar gegen eine Vereinbarung die in Vergangenheit einmal gemacht worden sei, aber man benötige eben dringend Erzieherinnen und Erzieher. Wenn diese an den Kaufmännischen Schulen ausgebildet werden könnten. Man habe dort Kapazitäten. Wenn die Auszubildenden kein Interesse daran hätten an eine andere Schule gehen zu wollen, dann wäre man derjenige der sagen müsste, dass die Ausbildung an der Kaufmännischen Schule erfolgen könne. Man bräuchte die ausgebildeten Leute und man müsse sich angewöhnen auf deren Wünsche einzugehen. Dies sei zwar im Widerspruch, insbesondere der Gymnasien, man dürfe diesen

niemanden wegnehmen, doch dies könne man inzwischen tun, denn diese platzen „aus allen Nähten“ und seien immer mehr angefragt. Man habe dort dann das Problem, dass dies auch endlich sei, da beispielweise das Johanneum auch sage es wolle nicht unendlich wachsen. Es auch pädagogisch irgendwann unsinnig sei. Man habe dies bereits vor zwei, drei Jahren gemeinsam besprochen und wenn man das alles zusammenfasse, zeige dies, dass man das eigene Angebot verändern müsse, damit auch Eltern auf die Idee kämen den gleichen gewünschten Abschluss für Ihre Tochter, ihren Sohn mit kürzeren Schulwegen bekommen zu können.

Herr Braun bedankt sich dafür, dass die Problematik erkannt sei und sei gespannt was irgendwann aus den kryptischen Ausführungen werde.

Herr Engel lobt zunächst, dass dies sehr strukturiert und umfassend sei und wenn es gelänge dies mit den entsprechenden Inhalten zu füllen, dann sei dies eine gute Leistung. Er wolle allerdings den Fokus auf die Vorklassen lenken, denn da haben viele Vorklassen Schülerzahlen von 24 bis an die 30. Er glaube, dass dies unter den heutigen Bedingungen und den bekannten Problematiken nur sehr schwer darstellbar sei. Es wäre auf die kurzen Wege hingewiesen worden, dies sei gerade bei der Busproblematik auch für die Vorklassen zu beachten, denn diese seien in der Vergangenheit gerne in den Überlegungen untergegangen. Man solle hier ebenfalls einen Schwerpunkt setzen um auch hier der anstehenden Problematik gerecht werden zu können.

Erster Kreisbeigeordneter Esch hätte die Ergänzung, dass man im Vortrag von Frau Funk mitbekommen habe, dass man nach den gesetzlichen Regelungen innerhalb des Zeitraumes von fünf Jahren nach Genehmigung mit Datum zum 18. Juni 2023, den Entwurf der Fortschreibung vom SEP hätte vorlegen müssen. Die sei nach Absprache mit HKM, dem Staatlichen Schulamt Corona bedingt nicht nötig und auch nicht möglich gewesen. Man sei, nach Aussage des Staatlichen Schulamtes dennoch in einem guten zeitlichen Ablauf.

Zu TOP 5. Verschiedenes

Vorsitzende Lefèvre, bedankt sich bei allen und leitet zu TOP 5 über und fragt nach Anliegen der Anwesenden.

Herr Sitte stellt die Frage an Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Esch, es habe im März einen vorzeitigen Bericht zu dem Pilotprojekt „Menstruationsartikel an Schulen“ gegeben, zu dem er nachfragen wolle, wie der Sachstand sei. Aktuell habe das Schuljahr 2023/ 2024 begonnen, man meine es sei gut angekommen, da es seitens der Schülerversammlung aus Dillenburg eine Danksagung gegeben habe. Wie habe sich das Projekt aktuell entwickelt?

Erster Kreisbeigeordneter Esch antwortet, dass eigentlich Frau Weber intern für die Umsetzung im Hause zuständig sei. Es bräuchte dazu aber keine weitere Beschlussfassung mehr, da es sich um keinen großen finanziellen Aufwand handle. Man wolle es an den Schulen, die es gerne haben wollen, gerne an den weiterführenden Schulen, weiter zur Verfügung stellen. An Grundschulen nicht. Man habe allerdings eine Diskrepanz zwischen den Wünschen der Schulen, die nur eine dieser Stationen haben möchten und dem Kreisschülerrat, der gerne mehrere wolle. Sein letzter Wissenstand sei, dass man sich im Abgleich mit dem Kreisschülerrat und dem Kreiselternbeirat, welcher sich gerade neu wählen würde, geeinigt habe, dass sobald bekannt sei was noch angeschafft werden solle und man auch abgestimmt habe, wo die Stationen aufgebaut werden sollen, das Projekt weitergehen solle. Vom finanziellen Aufwand sei es nichts, was noch durch den Kreisausschuss oder dem Kreistag beschlossen werden müsse. Es werde sukzessive an die, die es haben wollen ausgegeben, man wolle dies nicht verhindern. Man habe den Eindruck, dass es der Wunsch der meisten weiterführenden Schulen sei, diese Stationen haben zu wollen. Die

Schülervertretungen, auch hessenweit, hätten dies geäußert. Man wolle diesem in absehbarer Zeit, nach Abstimmung, nachkommen.

Frau Green fragt an, wie die Wahlen an den Schulen zum Kreiselternbeirat und des Kreisschülerrates an den Schulen stattfinden? Würden die Wahlen durch den Kreis unterstützt?

Kreisbeigeordneter Esch verneint dies. Es laufe alles über das Staatliche Schulamt, da habe der Lahn-Dill-Kreis nichts mit zu tun. Man stünde mit der Dame aus dem Kreisschülerrat, die sich insbesondere zu diesem Thema eingesetzt habe, im engen Austausch. Die Wahlen zum Kreiselternbeirat fänden, soweit man wisse im November statt. Vom aktuellen Kreiselternbeirat wisse man, dass man seine aktuelle wesentliche Aufgabe darin sähe die neuen Wahlen vorzubereiten. Es hätte bisher auch keine Einladung zu neuen Sitzungen gegeben. So sei im Moment etwas Ruhe eingeleitet. Man werde dann das Gespräch suchen um das Thema der Menstruationsartikel abzustimmen. Da das Thema der Menstruationsartikel kein Elternproblem sei, wolle man erst mit den Kreisschülerrat eine Einigkeit herbeiführen und es danach im Kreiselternbeirat vortragen um es dann umzusetzen.

Frau Ahrens-Dietz hat die Frage warum das auf dem Außengelände der Grundschule Steindorf-Albhausen schon länger fertiggestelltes Spielgerät noch nicht freigegeben sei. Worin die Begründung der noch nicht erfolgten Freigabe läge?

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit, dass er persönlich nichts dazu sagen könne. Hier müsse Frau Weber angesprochen werden. Die Vermutung läge dabei, dass es an Sicherheitsfragen läge, wie Abnahmen, die noch nicht erfolgt seien. Man werde versuchen dem Protokoll eine Rückmeldung zu dieser Frage beizugeben.

Nachtrag nach Sitzung:

Auszug E-Mail vom 04.10.2023 von Frau Weber (Bauabteilung-Schulen):

„...das vorhandene Spielgerät an der Grundschule Steindorf musste leider eine Zeit lang abgesperrt werden, da ansonsten die Arbeiten am Erweiterungsbau (direkt neben der Spielfläche) nicht stattfinden konnten. Die Arbeiten am Erweiterungsbau wurden mit einem Bauzaun abgesperrt, der in den Fallraum des Spielgerätes ragte und daher musste aus Sicherheitsgründen das Spielgerät auch abgesperrt werden. Nun sind die Außenanlagen fertiggestellt und die Spielfläche (die durch die Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogen wurde) ist auch wiederhergestellt. Das Spielgerät ist wieder freigegeben. Lediglich die Schaukel ist weiterhin abgesperrt, da die dort angrenzende Wiese neu eingesät wurde und noch abgesperrt ist. Sobald die Wiese ausreichend gewachsen ist, wird auch dieser Bauzaun entfernt. Zurzeit finden noch die Fassadenarbeiten am Erweiterungsbau statt, sobald diese fertig sind, können die restlichen Elektroarbeiten (Montage der Außenleuchten, Anschluss Blitzschutz) noch erledigt werden und dann ist der Erweiterungsbau fertig.“

Herr Brockhoff möchte anregen, dass man demnächst als Sitzungsort die neue Theodor-Heuss-Schule wählen solle um sich diese dabei auch mal anzusehen. Man höre begeisternde Berichte. Als Weiteres wäre die Frage nach dem Sachstand des Schulbauinvestitionsprogrammes. Die Information sei gewesen, dass dies auch einmal fortgeschrieben werden solle.

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit, dass dies ein bisschen viel unter dem Top Verschiedenes sei, man habe aber gerade gestern im Bauausschuss über alles was den Schulbau betreffe in drei Abschnitten ausführlich berichtet, es täte sich dort sehr viel. Dies sei aber eigentlich Thema des Bauausschusses.

Herr Brockhoff wirft ein es ginge nur um den Stand der Fortschreibung des Programms, nicht um das, was genau darinstände.

Erster Kreisbeigeordneter informiert darüber, dass man dies am Abarbeiten sei und es eine Prioritätenliste dazu gäbe, die Corona- und preistechnisch bedingt notwendig geworden sei. Er könne aber nicht genau sagen, was aktuell prozentual bisher abgearbeitet worden sei. Man berichte darüber aber regelmäßig und umfangreich im Bauausschuss. Gestern habe insbesondere der Schwerpunkt auf energetische Maßnahmen, die man vorgenommen habe, gelegen. Daher sei auch der Vortag von Herrn Eisenmann zu TOP 1 sehr interessant gewesen, da manches was dort gesagt wurde, schon umgesetzt sei.

Herr Armin Müller bittet aus Gründen der Balance auch mal eine Schule im Nordkreis zu besuchen, er würde dazu Breitscheid vorschlagen, er habe sich da mit dem neuen Schulleiter unterhalten, gerade zu dem Thema digitale Entwicklung.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stimmt diesem Vorschlag zu, dies sei zukünftig sicherlich möglich. Man hätte eine ganze Reihe an Schulen im Rahmen dies SEP, die man besuchen oder sie hierher einladen könne um bestimmte Themen abzusprechen. Die Nach-Corona-Zeit würde sich aktuell bemerkbar mache, er mache gerade eine ganze Reihe Besuche, insbesondere im Nordkreis, an verschiedenen Schulen. Es habe einige Wechsel an Schulleitungen gegeben. Man sei gerne bereit dies umzusetzen, da es jetzt nach Corona auch wieder möglich sei.

Herr Sitte stimmt seinen Vorrednern zu. Ihm sei gesagt worden, dass in Vergangenheit die Sitzungen des BildA immer an verschiedenen Schulen stattgefunden hätten und dies nur Corona bedingt ausgesetzt worden sei. Er fragt an, ob es daher nicht sinnvoll sei dies wieder generell einzuführen. Er würde sich freuen dabei mal die eine oder andere Schule kennen zu lernen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch stimmt dem zu, dies könne der Ausschuss natürlich so entscheiden wie er möchte. Aufgrund der Zuschaltung von Herrn Eisenmann zu Top 1 sei es nötig gewesen die heutige Sitzung im Kreistagssitzungssaal stattfinden zu lassen.

Frau Ahrens-Dietz möchte mit der Fertigstellung der Sporthalle in Solms, vielleicht sei auch dort mal eine Sitzung möglich, gerne über die Zahlen informiert werden, was für die Sporthalle veranschlagt gewesen sei und was sie den Kreis letztendlich gekostet habe.

Erster Kreisbeigeordneter Esch teilt mit, dass die Information zu den Zahlen sicherlich möglich sei. Zudem informiert er darüber, dass es an der Sporthalle bereits Ärger mit Vandalismus gegeben habe. Er wirft auch ein, dass man inzwischen über Themen sprechen würde, die das reine Bauen anbelange und über diese Themen im Bauausschuss umfangend berichtet werden würde. Spätestens im Haushalt würde man einen Überblick über die Kosten bekommen. Man werde aber die Zahlen gerne mit dem Protokoll nachreichen.

Nachtrag nach Sitzung:

Auszug E-Mail vom 04.10.2023 von Frau Weber (Bauabteilung-Schulen):

„... nach derzeitigem Rechnungstand haben wir ca. 4.800.000,00 € für die Sanierung der Sporthalle in Solms verausgabt. Die Kostengruppe 400 ist noch nicht schlussgerechnet.“

Vorsitzende Lefèvre, fragt nach weiteren Wortmeldungen. Da es keine gibt bedankt sie sich für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Wetzlar, 20.09.2023

gez.

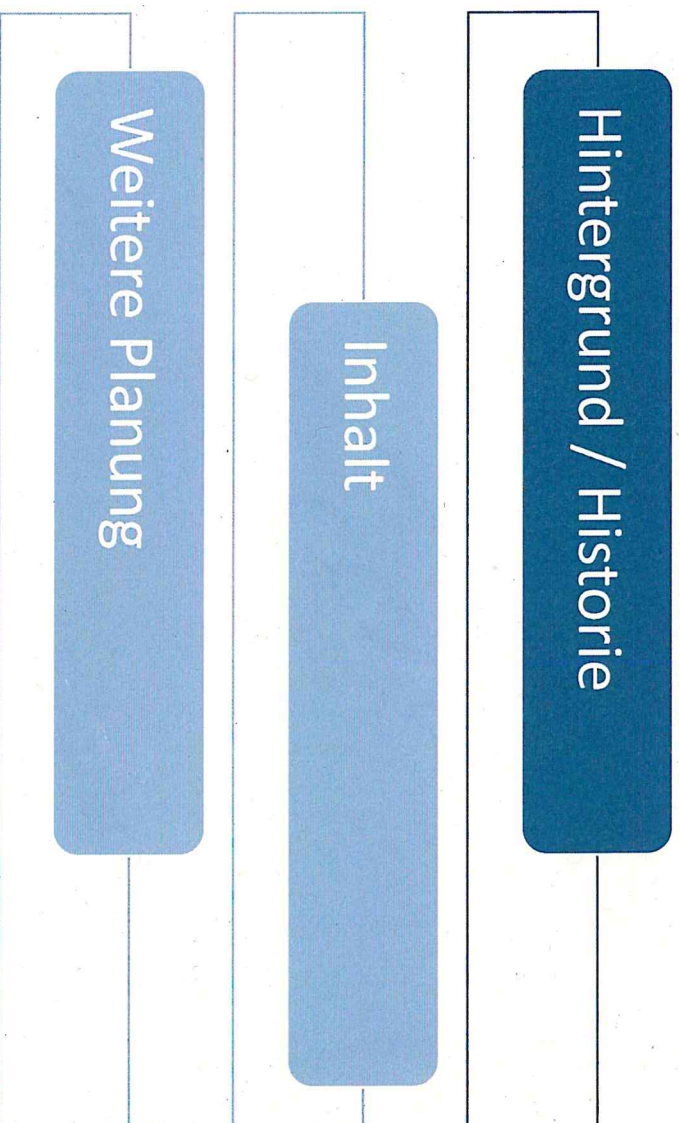
Christa Lefèvre
Vorsitzende

Sandra Crass
Schriftführerin

Sachstandsbericht 9. Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen



Sachstandsbericht



Rückblick 8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die allgemein bildenden Schulen

- Erste gemeinsame Fortschreibung allgemeine Schulen mit Förderschulen
- Beschlussfassung Kreistag: 18. September 2017:

„Die 8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die allgemein bildenden Schulen wird beschlossen und damit auch folgende schulorganisatorischen Änderungen:

- a) Schließung der Kestnerschule
 - b) Schließung der Ludwig-Erk-Schule
 - c) Einführung der Mittelstufenschulen an der Comeniusschule in Herborn und der Alexander-von-Humboldt-Schule in Aßlar vom Schulversuch in den Regelbetrieb
 - d) Aufhebung der Förderstufe an der Dünsbergschule zum 31. Juli 2016
 - e) Aufhebung der Haupt- und Realschule an der Neuen Friedenschule zum 31. Juli 2017“
- Genehmigung HKM mit Auflagen: 21. Juni 2018

Gesetzliche Grundlage

§ 145 Hessisches Schulgesetz:

- Verpflichtung zur Aufstellung eines Schulentwicklungsplanes
- innerhalb von fünf Jahren nach der Zustimmung auf die Zweckmäßigkeit der Schulorganisation hin zu überprüfen und fortzuschreiben, soweit es erforderlich wird



Inhalte gemäß § 145 HSchG

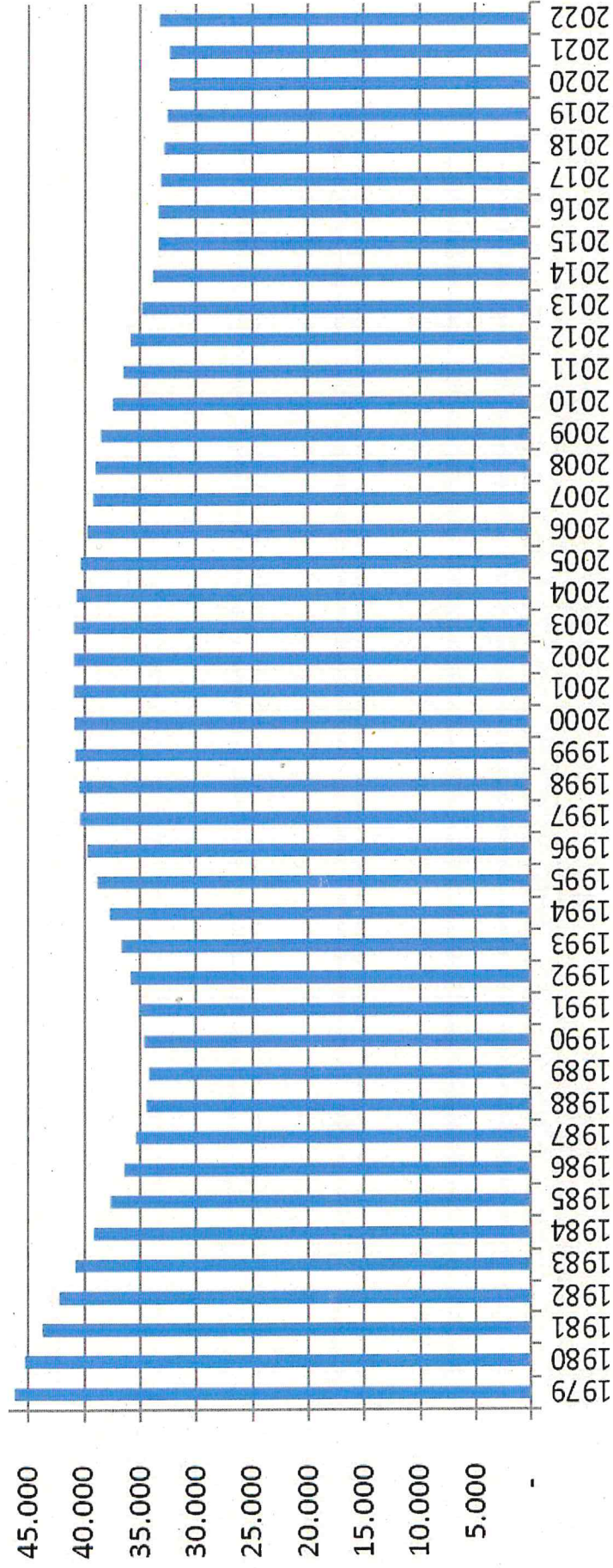
- Schulstandorte
- gegenwärtiger und zukünftiger Schulbedarf
- Bildungsangebote pro Schulort und für welche Einzugsbereiche sie gelten sollen
- langfristige Zielplanung als auch die Durchführungsmaßnahmen
- Bildungsbedürfnisse, die durch Schulen im Gebiet eines Schulträgers nicht sinnvoll befriedigt werden können
- erforderliche Zahl von Vorklassen an Grundschulen und Förderschulen (§ 18 Abs. 2)
- inklusive Beschulung für Schülerinnen und Schüler an allgemeinen Schulen
- im Rahmen der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung die Einrichtung von Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen
- ...

Schülerzahlenentwicklung

Datengrundlage Schuljahr 2022/23 = 33.280 SuS

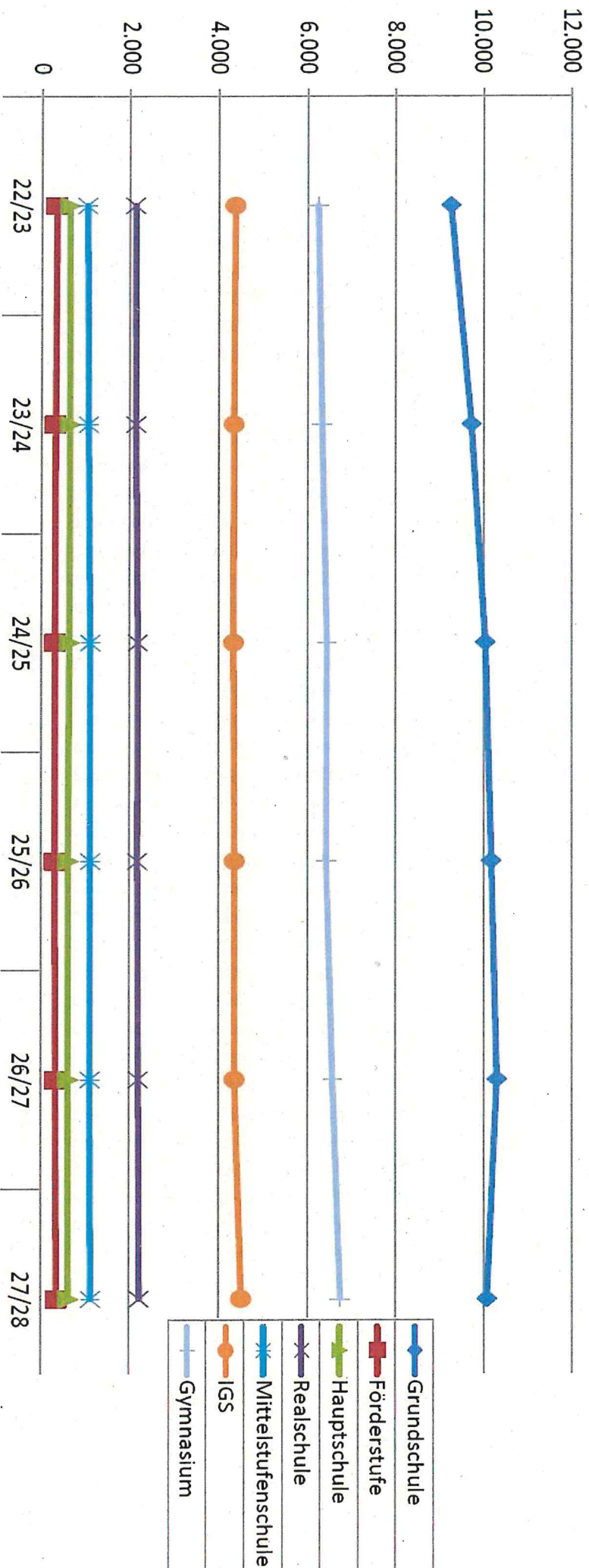
Schuljahr:	2012/2013	2013/2014	2014/2015	2015/2016	2016/2017	2017/2018	2018/2019	2019/2020	2020/2021	2021/2022	2022/2023
Grundschule	9.119	8.983	8.937	8.871	8.874	8.992	9.130	9.083	8.965	9.021	9.267
Förderstufe	512	427	384	351	322	320	302	295	324	331	329
Hauptschule	1.022	937	836	698	656	643	692	673	638	594	630
Realschule	3.371	3.096	2.748	2.513	2.161	2.027	2.011	2.019	2.034	2.058	2.111
Mittelstufenschule	302	418	576	728	831	819	858	908	938	949	1.029
IGS	4.894	4.791	4.721	4.613	4.482	4.523	4.465	4.379	4.413	4.363	4.366
Gymnasium	6.600	6.252	5.807	5.784	5.896	5.996	6.069	6.142	6.149	6.263	6.247
Berufliche Schulen	9.295	9.150	9.019	8.850	8.856	8.674	8.268	8.032	7.929	7.748	7.582
Förderschule	683	683	665	644	630	642	628	649	671	679	662
Deutsch- Intensivklasse	26	48	147	301	680	527	429	392	348	355	1.057
Gesamt:	35.824	34.785	33.840	33.353	33.388	33.163	32.852	32.572	32.409	32.361	33.280

Schülerzahlenentwicklung



Prognose

Entwicklung der Schülerzahlen nach Schulformen



Inhalte der 9. Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen

- **Allgemeiner Teil**
 - Vorwort
 - Allgemeine Vorbemerkungen und Gesetzliche Grundlagen
 - Begriffserläuterungen
 - Strategische Schwerpunkte des Schulträgers
 - Schülerströme
 - Schulorganisatorische Änderungen
- **Datenteil zu allen Schulstandorten**
 - Gegliedert nach Städten und Gemeinden
 - Schulische Angebote und Besonderheiten
 - Schülerzahlenentwicklung und -Prognose



Inhalte der 9. Fortschreibung

Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen

Strategische Schwerpunkte



- Inklusion
- Integration
- Ganztag und Betreuung
- Sozialarbeit an Schulen
- Familienklassen
- Digitale Bildung
- IMeNS
- Schülerbeförderung
- Baumaßnahmen
- Ergebnisse Schulentwicklungsgespräche

9. Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen

- **Vorbereitende Arbeiten bisher:**
 - ✓ Gespräche mit HKM, SSA, verschiedenen Schulen
 - ✓ Abstimmung mit Fachabteilungen
 - ✓ Arbeiten und Eingaben am Schulentwicklungsprogramm
 - ✓ Aktuelle Datenabfrage bei Schulen
 - ✓ Arbeiten am allgemeinen Teil
 - ✓ Anfrage neue Fotos, Neugestaltung Foto-Collage im LDK-Design



Weitere Planung

- Weitere Gespräche mit Schulen/Behörden
 - **Fertigstellung des Entwurfs im 1. Quartal 2024**
 - Anschließend: **Einbringung im Kreisausschuss**, Auftrag an die Verwaltung zur Anhörung
 - **Anhörungsphase**
 - Sichtung und Prüfung der Stellungnahmen, Zusammenstellung der Ergebnisse der Anhörungsphase und ggf. Änderungen am Entwurf SEP für Gremien
 - Einbringung in Gremien zur **Beschlussfassung im 2. Quartal 2024**
- Beantragung der Zustimmung durch HKM